bnr.de
blick nach rechts

2. April 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 07/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Kampf um den Vorsitz 2

Vor dem NPD-Parteitag zeigen sich die beiden Kontrahenten Voigt und Pastörs in ihren persönlichen Ambitionen unversöhnlich.

Völkische Parallelwelt 3

Die jetzt verbotene „Heimattreue Deutsche Jugend" war Gesinnungsgemeinschaft nach dem nationalsozialistischen „Lebensbundprinzip".

Neonazis im Vorstand 5

NPD-nahe Münchner Bürgerinitiative will „inländerfreundliche Opposition" sein.

Norddeutsches Ritual 5

Alljährlicher „Gedenkmarsch" in Lübeck.

Erlauchter Kreis 6

Rechtsextremer Verein will ohne „ohne Tabus und Beachtung von Political Correctness" frei diskutieren.

Haftstrafensammler 7

Horst Mahler fühlt sich im Knast „frei".

VERFASSUNGSSCHUTZ 7

Die netten Nachbarn 7

In Nordrhein-Westfalen ist die extreme Rechte auf dem Vormarsch.

GRAUZONE 8

„Diktatur Europa" 8

Die erzkonservative Partei Bibeltreuer Christen (PBC) hat ihre Unterstützungsunterschriften für die Europawahl zusammen bekommen – auch die PBC-Abspaltung „AUF" will voraussichtlich kandidieren.

AUSLAND 9

Bekennender Hitler-Verehrer 9

Mitgründer der im griechischen Parlament vertretenen extrem rechten Partei „LAOS" musste sich wegen Anstiftung zum Rassenhass vor Gericht verantworten.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 10

Zerrbild echter Justiz 10

Im April vor 75 Jahren schuf das NS-Regime den Volksgerichtshof – der verurteilte jeden zweiten Beschuldigten zum Tode.

„Gesundung des Volksganzen" 11

„Tödliche Medizin. Rassenwahn im Nationalsozialismus" – das Jüdische Museum Berlin zeigt eine Ausstellung des United States Holocaust Memorial Museums in Washington.

MELDUNGEN 12

Kampf um den Vorsitz

Vor dem NPD-Parteitag zeigen sich die beiden Kontrahenten Voigt und Pastörs in ihren persönlichen Ambitionen unversöhnlich.

Geografisch und politisch angekommen fühlte sich die NPD vor knapp zweieinhalb Jahren, als sich ihre Delegierten im Reinickendorfer Fontanehaus trafen. Geografisch, weil sie ihren Parteitag erstmals in der „Reichshauptstadt“ abhalten konnte, wie Parteichef Udo Voigt tönte. Politisch, weil es ihr gerade einmal sechs Wochen zuvor gelungen war, neben Sachsen auch in Mecklenburg-Vorpommern in den Landtag einzuziehen. Voigt war obenauf. Als der Vorsitzende neu gewählt wurde, gab’s keine Gegenstimmen.

28 Monate später ist alles anders. Zwar will man sich wieder in Berlin treffen, diesmal im Bezirksrathaus Reinickendorf. Doch diesmal muss Voigt um seine Wiederwahl bangen. Gründe gibt es genug. Größere Wahlerfolge blieben seit 2006 aus. Die Kasse ist leer – so leer, dass die Partei ihrem Chef derzeit offenbar nicht einmal ein Gehalt zahlen kann. Manche Partei-„Freunde“ werden das nicht einmal für schlecht halten. Denn der Vorsitzende ist umstritten, wie seine Partei anscheinend hoffnungslos zerstritten ist.

Zuvor Undenkbares geschah. Voigt stellte sich in Sachsen einem „Rede-Duell“ beziehungsweise „NPD-Chefsessel-Duell“ (so das Internetportal „Altermedia“) mit seinem Rivalen Udo Pastörs. Und auf der Homepage der NPD präsentierten sich beide Kandidaten für den Vorsitz mit Bewerbungsvideos – fein austariert mit fast auf die Sekunde gleich langen Beiträgen. Auf die gegenseitigen Schmähungen und Beleidigungen, derer sich ihr Fußvolk bedient hatte, verzichteten die beiden Vormänner. In der Sache – besser: in ihren persönlichen Ambitionen – zeigten sie sich aber unversöhnlich. Voigt verwies auf den „klaren Kurs der NPD in den letzten 13 Jahre“, zu dem er die Aussage, dass „Deutschland immer noch ein besetztes Land“ sei, oder die Forderung nach einer „Wiedereinführung der Todesstrafe“ zählt.

Während Voigt sich zumindest in Ansätzen bemühte, konkret zu beschreiben, wohin die Reise der NPD gehen soll, blieb Pastörs in seinem Werbefilmchen ziemlich unbestimmt. Vom „neuen Anfang“ spricht er, vom „frischen Wind“ und einer „frischen Mannschaft“. Etwas konkreter wird er bei Voigts Schwachstelle, den Parteifinanzen, die Pastörs „Konkursmasse“ nennt. Er habe eine mittel- und langfristige Finanzplanung, versprach er, freilich wiederum ohne Genaueres zu verraten. Falls „alles glatt läuft“, werde man aber zwei Jahre benötigen, „um einigermaßen materiell wieder Tritt zu fassen“. Ahnend, dass der überwiegende Teil der parteifreien Neonazis eher zu Voigt tendiert, versicherte Pastörs, es werde mit ihm „keine Abgrenzungsbeschlüsse zu freien Kräften geben“. Statt dessen stellt er sich die gemeinsame Arbeit an bestimmten Projekten vor – und als Sahnehäubchen für NPD-kompatible „freie“ Neonazis auch eine materielle Unterstützung.

Voigt ist mit seiner Bilanz zufrieden. Gleichwohl wolle er „aus Fehlern lernen“. Zu jenen Fehlern zählt Voigt, dass er womöglich zu kompromissbereit gewesen sei – ein Vorwurf, den ihm auch Jürgen Rieger gemacht hatte. Und auch bei den Folgerungen, die Voigt ins Auge fasst, erinnert vieles an Riegers Forderungen. Der hatte beispielsweise moniert, dass im aktuellen Vorstand nur zwei Mitglieder (er selbst und Thorsten Heise) nicht auf die eine oder andere Weise wirtschaftlich von der Partei abhängig seien. Voigt kündigt nun an, dass in seiner „neuen Führungsmannschaft“ nicht mehr als 40 Prozent zugleich Abgeordnete, Fraktions- oder Parteimitarbeiter sein sollen. Und auch „Irritationen“ gegenüber den „freie Kräften“ müssten – wie von Rieger verlangt – ausgeräumt werden. Fast schon ein persönliches Anliegen dürfte es Voigt sein, „den Verlag der Deutschen Stimme und die NPD wieder enger zusammenzuführen“. Tatsächlich hatte sich die Parteizeitung in den letzten Jahren mehr zu einem Organ der sächsischen Fraktion entwickelt, in dem der Parteichef nur noch eine Nebenrolle spielte.

Während Pastörs Landesverband dafür votiert hatte, die „Systemmedien“ vom Parteitag auszusperren, tendierte Voigt zur Offenheit. Seine innerparteilichen Gegner hätten sich nahezu tagtäglich jener Medien bedient. Warum solle man sie also ausschließen, fragte er. „Es ist ja vorher eh alles in der Öffentlichkeit breitgetreten worden.“ Durchgesetzt hat er sich damit nicht: Nur zu Beginn der Tagung und zu einer abschließenden Pressekonferenz sind Medien willkommen.

Tomas Sager

Völkische Parallelwelt

Die jetzt verbotene „Heimattreue Deutsche Jugend" war Gesinnungsgemeinschaft nach dem nationalsozialistischen „Lebensbundprinzip".

Am 31. März erhielt HDJ-Bundesführer Sebastian Räbiger in Brandenburg die Verbotsverfügung für seinen Verein zugestellt. Nach Erkenntnissen des Bundesinnenministerium verfolgt die „Heimattreue Deutsche Jugend" verfassungsfeindliche Ziele. Mit dem Verbot ist die HDJ aufgelöst, ihr Vermögen wird eingezogen. Die Hausdurchsuchungen an dem Dienstagmorgen in Berlin, Brandenburg, Sachsen und Niedersachsen betrafen dann auch vorrangig die Finanzen des Neonazi-Vereines. Im niedersächsischen Lüneburg sitzt der „Spendenbeauftragte" Christian Berisha, bei der sächsischen Sparkasse in Meißen führt die HDJ ihr Konto. Auch die NPD-Bundeszentrale in Berlin soll durchsucht worden sein. Dort soll der Berliner NPD-Landeschef Jörg Hähnel seinen Wohnsitz haben.

Es war ruhig geworden um die HDJ. Seit den bundesweiten Hausdurchsuchungen bei knapp 90 Neonazis aus dem Umfeld der „Heimattreuen Deutschen Jugend" am 9. Oktober 2008 und dem zuvor eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen den in Kiel ansässigen rechtsextremen Verein, wurden keine erneuten Forderungen nach einem Verbot laut. Dabei hatte die braune Erziehertruppe sich keineswegs zurückgehalten, sie agitierte weiter nach dem Motto „BRD – Ihr könnt uns mal!".

Im Internet höhnte Bundesführer Sebastian Räbiger, bis heute als presserechtlich Verantwortlicher des „Funkenflug", man sei „hilfreich" gewesen im „Kampf dem Analphabetentum in deutschen Behörden", denn die Durchsuchungsprotokolle wären von Rechtsschreibfehlern und neuen Wortkreationen übersät gewesen. In Richtung Berlin feixten die Neonazis: „Nun könnte man denken, wir würden uns über Wolfgang Schäuble und seine Untertanen lustig machen", aber dem sei nicht so, heißt es provozierend, „schließlich ist der Mann behindert und im Rollstuhl sitzt er auch".

Unvermindert gehen auch die Aktivitäten weiter. Zur Jahreswende fand ungestört das große Winterlager – wahrscheinlich in der Region um Görlitz in Sachsen – statt. Ein kleiner Kreis um HDJ-Anhänger David Petereit beteiligte sich im Februar 2009 am alljährlichen „Tollense-Marsch" und demnächst wird wieder das bundesweite Osterlager konspirativ geplant werden.

„BRD – Ihr könnt uns mal"

Auch außerhalb der gemeinsamen Aktionen versuchen HDJ-Erzieher, die Bildung ihrer jungen Anhänger zu beeinflussen. Der Einfluss reicht bis weit hinein in die Familien. Der aktuelle „Funkenflug" empfiehlt seinen jugendlichen und erwachsenen Lesern den „Neuromantiker" Emil Strauß als „begnadeten Schriftsteller". Strauß habe im Gegensatz zu Literaten wie Thomas Mann und Hermann Hesse „in der Zeit des Dritten Reiches weiterhin sein Vaterland" unterstützt. Stolz wird berichtet, dass Strauß Mitglied der NSDAP und des Reichskultursenats gewesen sei. Die Texte des neuen HDJ-Hefte wirken noch pathetischer, noch eindringlicher als sonst. Manche gleichen einem Appell an die eigene Szene. „Wir suchen Männer von Wert" titelt einer der Autoren und setzt nach: „Eine Absage an die Sprücheklopfer und Pantoffelhelden aus unseren Reihen". Die HDJ glaubt zu wissen, wie Menschen „begeistert werden", nämlich „vom gemeinsamen Lied, vom gemeinsamen Marsch und vom gemeinsamen Erlebnis". Gewettert wird gegen Politiker, Journalisten und so genannte „Sichselbsthasser".

Von drohendem Verbot und polizeilichen Repressionen lassen sich die Autoren im aktuellen „Funkenflug" nicht einschüchtern. Sie werden schon längst an Ersatzstrukturen gebastelt haben. Auch hier lassen sich revistionistische und rassistische Inhalte finden. Petra Müller aus Calw berichtet in der Frühlingsausgabe des HDJ-Heftes über eine Reise ins ehemalige Schlesien, im heutigen Südosten Polens. „Kaum auf polnischem Staatsgebiet überkommt mich Abscheu", berichtet die Neonazistin und sechsfache Mutter ungehalten. Sie hetzt weiter: „Das ganze Land wird wie ein Räubernest genutzt." Ihrer Ansicht nach „können die Polen hier ihre Schilder und ihren Müll verteilen, die Landschaft verschandeln und dergleichen, doch sie können damit nicht die Deutsche Geschichte dieses Landes verdecken oder gar auslöschen".

Die HDJ ist mehr als eine Erziehertruppe – sie ist Gesinnungsgemeinschaft nach dem nationalsozialistischen „Lebensbundprinzip". Von bündischen oder gar christ-

lichen Jugendgruppen grenzt sie sich ab. Fanatische junge und alte Frauen stützen die Strukturen. Sie legen auch außerhalb der Zeltlager und Treffen ihre Verhaltensmuster nicht ab, so zeigt sich zum Beispiel die Ehefrau des NPD-Landtagsabgeordneten Tino Müller aus Ueckermünde fast immer im langen Rock mit Zöpfen oder Haarkranz. Die zahlreichen Kinder bekommen germanische, nordisch klingende Namen verpasst. Kinder aus HDJ-Familien wirken auf Lehrer auch schon mal eingeschüchtert oder verstört. Die jungen Frauen, die sich gern als „Mutterfrauen" bezeichnen, treffen sich untereinander, Außenkontakte werden immer weniger. Beim ehemaligen Wiking-Jugend-Aktivisten und jetzigem Anhänger der HDJ-Einheit „Hermannsland" Gerd Ulrich gehen die Kameraden mit ihren Familien ein und aus. Man trifft sich im Anbau neben dem Haupthaus oder werkelt im abgelegenen Garten. Nicht nur Feste und Rituale werden gemeinsam gefeiert. Junge Anhänger suchen sich Freunde aus den eigenen Reihen, so wird möglichst viel Außenkontakt vermieden. Einige HDJler versuchen aber, andere Jugendliche anzuwerben.

Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr

Andere HDJ-Aktivisten wie der Student Alf Börm, der Sohn des NPD-Bundesordnungsdienstleiters Manfred Börm, versuchen in örtlichen vorpolitischen Strukturen wie der Freiwilligen Feuerwehr in Handorf mitzumachen. Nach Informationen der „Landeszeitung" bestätigte Bardowicks Gemeindebrandmeister Börms Engagement. Doch der NPD- und HDJ-Aktivist „halte sich zurück", und betätige sich innerhalb der Reihen nicht politisch. „Das haben wir im Blick", sagt Feuerwehr-Chef Prüße. Agitation dulde die Wehr nicht, in Vögelsen seien Rechtsextreme deshalb aus der Feuerwehr ausgeschlossen worden, berichtet die „Landeszeitung". Börms Kamerad Lasse Krüger gehörte zur Feuerwehr in Vögelsen. Der JN-Aktivist nahm an einem HDJ-Lager 2007 teil. Nebenher wirbt er in der Berufsschule in Lüneburg für die politische Arbeit, wie Insider berichten.

Auch zahlreiche andere HDJler sind in Sportvereinen, Chören oder Tanzgruppen aktiv. Bente Strauch, rechte Multiaktivistin und Versandhändlerin für Kinderbedarf aus dem schleswig-holsteinischen Martensrade, wird mit ihrer Familie beim Kieler „Schwimmverein Wiking von 1939 e.V." aufgeführt. Torgei Klingebiel, Mitarbeiter der NPD im Schweriner Landtag und oft mit Familie an HDJ-Lagern beteiligt, spielt Tischtennis beim TTSV Groß Krams. In dem Dorf im Landkreis Ludwigslust erhielt die NPD 2006 rund 26 Prozent der Stimmen.

Als Gauführer in der Wiking-Jugend aktiv

Ende Februar 2009 reagierte der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU) auf eine Anfrage im Landtag zur HDJ. Er gab an, die Verfassungsschutzbehörde habe der Organisation „in jüngerer Vergangenheit" eine „zunehmende Bedeutung" beigemessen. Aktivitäten und Strukturen der HDJ seien der Behörde „teilweise nur durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bekannt geworden". Inzwischen setze man sich „nachdrücklich" für ein Verbot ein. Aber dennoch weigert sich Schünemann, in dessen letztem Jahresbericht die HDJ keine Erwähnung fand, von „örtlichen Schwerpunkten der HDJ in Niedersachsen" auszugehen. Man wisse zwar von einigen Aktivitäten wie einem Lager im Harzer Ort Hahnenklee, aber ansonsten seien die Mitglieder eher in Ostwestfalen und Greifswald organisiert. An einem Wehrsportlager im niedersächsischen Wilsum 2006 hätten auch vier HDJler teilgenommen, so Schünemann. Die Ermittlungen gegen die Angehörigen des Lagers wegen Bildung einer bewaffneten Gruppe stehen nach Angaben der Osnabrücker Staatsanwaltschaft kurz vor dem Abschluss.

Schünemann räumt ein, dass die HDJ mit der 1994 verbotenen Wiking-Jugend „verglichen werden" könne, da sie wie diese eine „gezielte Ideologisierung ihrer teilweise minderjährigen Mitglieder" betreibe. Dann blockt er ab: „Sie ist jedoch nicht als deren Nachfolgeorganisation anzusehen". Das sehen manche Experten und Szene-Kenner anders. Nach Recherchen des Berliner Antifaschistischen Pressearchivs (apabiz) verwendet die HDJ für einen ihrer Werbefilme im Internet ein Gedicht mit dem Titel: „Wir suchen". Dieses stamme aus der Feder von Raoul Nahrath, dem langjährigen Bundesführer der Wiking-Jugend und Großvater des letzten WJ-Vorsitzenden Wolfram Nahrath. Das Gedicht wurde 1968 im „Wikinger", dem Organ der Wiking-Jugend, veröffentlicht. Auch der von der Polizei besuchte Bundesführer war bereits als „Gauführer Sachsen" in der WJ aktiv. Jetzt kann er als Anführer auf zwei verbotene Organisationen zurückblicken.

Andrea Röpke

Neonazis im Vorstand

NPD-nahe Münchner Bürgerinitiative will „inländerfreundliche Opposition" sein.

Neuer und alter Vorsitzender der „Bürgerinitiative Ausländerstopp" München (BIA) ist Karl Richter (Jg. 1962). Richter wurde bei der Münchner Kommunalwahl am 2. März 2008 für die BIA zum Stadtrat gewählt. Der Redakteur des Monatsblatts „Nation&Europa" war bis Frühjahr 2008 Leiter des Parlamentarischen Beratungsdienstes der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen. Das Amtsgericht München verurteilte Richter am 21. August vergangenen Jahres zu einer Geldstrafe von 5.600 Euro. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Richter bei seiner feierlichen Vereidigung als Stadtrat im Mai 2008 den Hitlergruß gezeigt habe.

Auf der BIA-Mitgliederversammlung am 18. März wurden der NPD-Funktionär und BIA-Domaininhaber Roland Wuttke (stellvertretender Vorsitzender) und Heinz Rudolf (Schatzmeister) im Amt bestätigt. Neugewählt wurden die Neonazis Philipp Hasselbach und Manuel Heine (Organisation und neue Medien) sowie Marius Augustin (Medienbetreuung) vom NPD-Kreisverband München. Hasselbach (Jg. 1987), Gründer der „Freien Nationalisten München", regte auf der Jahreshauptversammlung an, die BIA als „parteiübergreifendes Sammelbecken der inländerfreundlichen Opposition in München" zu etablieren.

Die BIA wurde am 30. September 2007 mit personeller und materieller Unterstützung der NPD gegründet. Die Konstituierung erfolgte in einem Bierzelt auf dem Oktoberfest. Die ausländerfeindliche Gruppierung versteht sich als „unabhängiger und basisdemokratischer Zusammenschluss von Bürgern, denen ihre Münchner Heimat am Herzen liegt und denen die rot-grün-rosa-schwarze Einheitspolitik der Rathausparteien gegen den Strich geht." Schwerpunkt der BIA ist neben der Wahlteilnahme das Wehklagen über die „schleichende Islamisierung". Der Redaktion des erstmals im März erschienenen Informationsblattes „münchen direkt" gehört neben Richter und Hasselbach auch Björn-Christopher Balbin an. Balbin war an einem gewalttätigen Überfall von Skinheads am 13. Januar 2001 in München beteiligt und saß eine Haftstrafe ab.

Anton Maegerle

Norddeutsches Ritual

Alljährlicher „Gedenkmarsch" in Lübeck.

Zum mittlerweile 4. Gedenkmarsch für die „Opfer des alliierten Bombenterrors" registrierte man am 28. März in Lübeck mit rund 300 Teilnehmern einen geringeren Zulauf als im Jahr zuvor, als noch 330 Rechtsextremisten auf die Straße gingen. Anmelder Jörn Lemke von der örtlichen NPD brachte das einzige Parteitransparent mit. Ansonsten beherrschte die freie Kameradschaftsszene den knapp vierstündigen Spuk, der sich zum norddeutschen Ritual herauskristallisiert hat.

Die Aktivisten kamen aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Wie im Jahr zuvor fand sich auch eine kleine Abordnung dänischer Neonazis ein. Als Redner trat neben Lemke sein NPD-Landesvorstandskollege Jens Lütke auf. Dazu gab es Wortbeiträge von Thomas Wulff, den die NPD in Schleswig-Holstein als Bundestagskandidaten aufbietet, und von den Freien Nationalisten Christian Worch (Hamburg) sowie Dieter Riefling (Hildesheim). In den Ansprachen wurde der Charakter hervorgehoben, dass die Demonstration eine Veranstaltung der Freien Kräfte sei.

Unter den Mitmarschierern wurden auch die zum Aktionsbüro Norddeutschland zu zählenden Tobias Thiessen und Inge Nottelmann gesichtet. Neben dem Hamburger Torben Klebe, der diesmal im Fotografiereinsatz war, ließen sich auch Kiels NPD-Ratsmitglied Hermann Gutsche und sein befreundeter NPD-Aktivist Roland Fischer den Termin in Lübeck nicht entgehen. Aus Bremen dabei: Louisa Yardim. Die Neonazi-Clique um den Heisenhof (Dörverden) stellte mal wieder das Demo-Fahrzeug mit Lautsprecheranlage, wie üblich gesteuert von Matthias Schulz. Eigene Transparente präsentierten unter anderem eine Widerstandsgruppe Waschow-Wittenburg sowie die Bürgerinitiative für Zivilcourage aus Wolfsburg. Letztere Gruppierung wirbt im Internet bereits für den nächsten Trauermarsch am 18. April im tschechischen Ústí nad Labem (Aussig). Auch dort dienen Bombenabwürfe der Alliierten als Anlass für Geschichtsklitterung. Als Organisatoren für einen abendlichen Fackelmarsch werden Autonome Nationalisten Nordböhmen genannt.

Horst Freires

Erlauchter Kreis

Rechtsextremer Verein will ohne „ohne Tabus und Beachtung von Political Correctness" frei diskutieren.

Über Jahre hinweg konnte der im schwäbischen Nürtingen beheimatete rechtsextreme „Deutsche Kreis von 1972 e.V.", ein Verein „zur Pflege deutschnationalen Gedankengutes", ohne Kenntnis der Öffentlichkeit seine Veranstaltungen durchführen. Damit war es am 19. Februar vorbei. Unbekannte störten eine Tagung des Deutschen Kreis' die im Nürtinger Hotel Pflum stattfand. Referentin des Tages war Jutta Retz, vormals stellvertretende Landesvorsitzende der baden-württembergischen Republikaner und später Landesvorsitzende der Deutschen Partei.

Vorsitzender des am 20. November 1973 gegründeten „Deutschen Kreises von 1972 e.V." (kurz: Deutscher Kreis), der vom baden-württembergischen Verfassungsschutz beobachtet wird, ist seit 2001 Rolf Kosiek (Jg. 1934). Kosiek, ein gebürtiger Westfale, ist seit Jahrzehnten bundesweit in der rechtsextremen Szene aktiv und bekannt: Er war von 1968 bis 1972 baden-württembergischer NPD-Landtagsabgeordneter, rückte 1973 in den NPD-Bundesvorstand auf und galt zeitweilig als Chefideologe seiner Partei. Von 1992 bis 2005 war Kosiek Vorsitzender der „Gesellschaft für Freie Publizistik" (GFP) und gehörte als Mitglied dem wissenschaftlichen Beirat der rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" an. Seit 1981 ist Kosiek Mitarbeiter des geschichtsrevisionistischen Grabert-Verlags.

Der „Deutsche Kreis" will „durch freie Diskussion ohne Tabus und Beachtung von Political Correctness das Ideal des mündigen Bürgers" verwirklichen. Zu seinen satzungsgemäßen Zielen gehört es, „Interesse an geschichtlichen, kulturellen und sozialen Fragen zu fördern und sich für die Beachtung der Grundsätze des Gemeinwesens einzusetzen" sowie „eine Stätte freier Erörterung aller Fragen öffentlichen Interesses zu schaffen". Seit seiner Gründung veranstaltet der Verein monatliche Zusammenkünfte in Form von Vortragsveranstaltungen, zu denen dann jeweils 30 bis 60 Interessierte kommen.

Im Oktober 1997 feierte der Verein sein 25-jähriges Bestehen im Nürtinger Haus der Heimat. Festredner war seinerzeit Albrecht Jebens (CDU), langjähriger Geschäftsführer des unionsnahen Studienzentrum Weikersheim und später GFP-Vorstandsmitglied. Jebens forderte in seiner Rede, dass aus Bundesbürgern wieder „bewusste Deutsche" werden sollten, die sich für ihr Vaterland einsetzen, anstatt die ältere Generation „immer wieder unberechtigt zu diffamieren".

„Richtigstellungen" zur NS-Zeit

Gegründet wurde der „Deutsche Kreis" auf Betreiben von Ministerialrat i.R. Gustav Jonak (1903 – 1985). Der im mährischen Olmütz geborene Jonak vertrat zwischen 1929 und 1932 die sudetendeutschen Burschenschaften im Hauptausschuss der Deutschen Burschenschaft. Von 1934 bis 1937 war er Vorsitzender der Sudetendeutschen Burschenschaft. Mitte der 30er Jahre leitete Jonak die Kanzlei von Konrad Henlein, Hitlers Statthalter im Sudetenland. Danach führte Jonak als Leiter das Referat IV D 1 (Protektoratsangelegenheiten) des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und war dann leitend für das Oberlandratsamt Mährisch-Ostrau tätig. Nach seiner Entlassung aus tschechischer Haft im Oktober 1955 arbeitete der vormalige SS-Obersturmbannführer (SS-Nr. 337797), der in der NSDAP die Partei-Nr. 6899866 hatte, zunächst im Landratsamt Esslingen und später im baden-württembergischen Innenministerium. Jonak gehörte der Sudetendeutschen Landsmannschaft an, publizierte in der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation Europa", referierte bei der GFP, der „Deutschen Kulturgemeinschaft Europäischen Geistes" sowie den „Nation-Europa-Freunden" und agitierte für die NPD.

Jonak war von der Vereinsgründung bis 1984 Vorsitzender des „Deutschen Kreises", die Amtsnachfolge trat bis zum Jahr 2001 Götz Eberbach an. Eberbach (Jg. 1930), Gründungsmitglied des „Deutschen Kreises", ist Träger der Bismarck-Erinnerungsmedaille und einer der Macher der im Grabert-Verlag erschienenen Bände des „Großen Wendig. Richtigstellungen zur Zeitgeschichte", mehrerer voluminöser geschichtsrevisionistischer Machwerke. Aus Sicht des Grabert-Verlags enthält die Buchreihe „Richtigstellungen" zur NS-Zeit und des Zweiten Weltkrieges.

Anton Maegerle

RECHTE SZENE

Haftstrafensammler

Horst Mahler fühlt sich im Knast „frei".

Der Aktionskreis des notorischen Holocaust-Leugners Horst Mahler (Jg. 1936) wird sich in den nächsten Jahren auf den Knast beschränken müssen. Der bereits mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilte Rechtsextremist wurde zuletzt am 11. März vom Landgericht Potsdam wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und zwei Monaten verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Mahler zwischen 2001 und 2004 in mehreren Veröffentlichungen den Holocaust geleugnet hatte. Mahlers trotz vorheriger Verurteilungen stets wiederholte Äußerungen belegten dessen Uneinsichtigkeit, betonte der Vorsitzende Richter. Während des seit Oktober 2008 laufenden Prozesses hatte Mahler, der von 2000 bis 2003 NPD-Mitglied war, und als Ehrengast beim NPD-Bundesparteitag im Mai 2008 in Bamberg weilte, unter anderem behauptet, dass Konzentrationslager „Altenheime für Juden" gewesen seien. Vor dem Landgericht München bezeichnete er sich als „Erleuchteter" und „Retter der Christenheit", der den Kampf gegen die „Holocaust-Lüge" fortsetzen wolle.

Das Münchner Gericht verurteilte Mahler am 25. Februar dieses Jahres wegen Volksverhetzung zu einer sechsjährigen Haftstrafe. Mahler hatte unter anderem das indizierte Buch „Vorlesungen über den Holocaust", „eine Ansammlung von Rechtfertigungsversuchen für die Leugnung des Holocaust" (Landgericht Mannheim), von Germar Rudolf verbreitet. Wenige Tage vor dieser Verurteilung verhängte das Landgericht Landshut am 11. Februar eine zehnmonatige Haftstrafe gegen Mahler unter anderem wegen Volksverhetzung. In der rechtsextremen Szene stößt der selbst ernannte Märtyrer seit Jahren nur noch auf wenig Gegenliebe. Mahler, so hieß es in einer Schrift der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten im Jahr 2006, „propagiert heute die spirituelle Wiederkehr Adolf Hitlers und hat sich damit weitgehend isoliert. Seine Wirkungsstätte umfasst nunmehr die Gerichtssäle der Republik". Mahler selbst fühlt sich im Knast frei. Vor seiner Inhaftierung am 25. Februar in München schrieb er sein „Vermächtnis" nieder und erklärte: „Die Wahrheit macht uns frei".

Anton Maegerle

VERFASSUNGSSCHUTZ

Die netten Nachbarn

In Nordrhein-Westfalen ist die extreme Rechte auf dem Vormarsch.

NRW-Innenminister Ingo Wolf (FDP) sieht in der Rechtspopulistenpartei „pro NRW" eine „Gefahr für die Demokratie" im größten Bundesland. „Pro NRW" sei „ein trojanisches Pferd des Rechtsextremismus", erklärte Wolf bei der Vorstellung des Landesverfassungsschutzberichts für 2008. Sie wolle die Kommunalparlamente als Bühne für ihre „antidemokratische und ausländerfeindliche Ideologie" nutzen. Wolf warf der selbst ernannten „Bürgerbewegung" vor, im Vorfeld ihres für Anfang Mai geplanten „Anti-Islamisierungskongresses" die Kooperation mit der Polizei zu verweigern. „Damit scheint ‚pro Köln' es darauf anzulegen, die schwierige Sicherheitslage eskalieren zu lassen, um eine Märtyrer-Rolle zu spielen." „Pro Köln" zählt nach amtlichen Angaben 200 Mitglieder (plus 80 gegenüber 2007). Für „pro NRW" wird keine Zahl genannt.

Als „Biedermann und netter Nachbar" tarne sich im Vorfeld der Kommunalwahl auch die NPD, sagte Wolf. Sie werde wahrscheinlich die Zahl ihrer Wahlantritte verdreifachen, ihr „erstes Etappenziel", flächendeckend zu kandidieren, vermutlich aber nicht erreichen, heißt es. Aus eigener Kraft werde die NPD die anstehenden Wahlkämpfe nicht bestreiten können: Sie sei „zwingend auf die Unterstützung der Neonazis durch Kandidaten und Unterschriftensammlungen, aber auch der DVU angewiesen". Während bundesweit die Zahl der NPD-Mitglieder um 200 auf 7000 sank, stieg sie in NRW leicht von 750 auf 780.

„Zunehmend gewalttätiger", so Wolf, träten die „Autonomen Nationalisten" auf. Gerade junge Menschen würden „mit Aktionsformen gelockt, die Krawalle als Event versprechen". Regionale Schwerpunkte der Rechts-„Autonomen" sieht der VS in Dortmund/Hamm, Aachen/Düren, Mettmann, Wuppertal, Duisburg und Essen. 2008 wurde in NRW ein Anstieg der rechtsextremen Gewalttaten um 38 auf 186 registriert; die rechtsextremen Straftaten wuchsen um elf Prozent auf 3.349 an. Die Zahl der von Skinheads oder Neonazis organisierten Konzerte und Liederabende stieg auf 18. Im Jahr zuvor waren es sechs Veranstaltungen.

Tomas Sager

„Diktatur Europa“

Die erzkonservative Partei Bibeltreuer Christen (PBC) hat ihre Unterstützungsunterschriften für die Europawahl zusammen bekommen – auch die PBC-Abspaltung „AUF“ will voraussichtlich kandidieren.

Die 1989 ins Leben gerufene PBC, die es nach eigenen Angaben auf bundesweit knapp 3.800 Mitglieder bringt, ist unter anderem wegen ihrer Attacken gegen Homosexuelle und Ausländer aufgefallen. Zum Beispiel wird in einem von dem Ehrenvorsitzenden Gerhard Heinzmann und dem damaligen Bundesvorsitzenden Walter Weiblen unterzeichneten Flugblatt aus dem Jahre 2005 die „Begrenzung der weiteren Zuwanderung“ von Ausländern und ihre „freiwillige Rückkehr in die Heimatländer“ verlangt.

Ein Schwerpunktthema der Partei Bibeltreuer Christen ist die Abtreibung. Man darf es wohl als „Verharmlosung des Holocaust“ betrachten, wenn die PBC immer wieder Abtreibungen und den Massenmord an den Juden und anderen Menschen unter der Naziherrschaft in Deutschland gleichsetzt.

Spitzenkandidat der PBC für die Wahl am 7. Juni ist Lothar Gassmann. Nach ihm stehen Heinzmann und der Bundesvorsitzende Ole Steffes auf der Kandidatenliste. Unter rechts orientierten Christen genießt Lothar Gassmann einen guten Ruf. Spätestens seit 1996 ist der Pforzheimer unter ihnen eine feste Größe. Damals initiierte der mittlerweile 49-Jährige die „95 Thesen zur Situation von Kirche und Gesellschaft im Lutherjahr 1996“, in denen heftige Kritik an der angeblich zu liberalen Evangelischen Kirche geübt wird. Zwei Jahre später erklärte Lothar Gassmann öffentlichkeitswirksam seinen Austritt aus der Evangelischen Kirche als Institution: „Mein Austritt geschieht aus Glauben, nicht aus Glaubenslosigkeit.“ In den Kirchenleitungen sei „die neomarxistisch geprägte 68-er-Generation an die Macht gelangt“, die die Kirche durch die Auflösung bestehender Werte zerstören wolle.

Bis Ende März 2009 war der Theologe Gassmann als hauptamtlicher Beauftragter für Weltanschauungsfragen der evangelikalen Arbeitsgemeinschaft für Religiöse Fragen (ARF) tätig gewesen. Dann trennte sich die ARF von ihm – wegen einer „unterschiedlichen Sichtweise über manche Fragen im innerevangelikalen Bereich“, wie es offiziell heißt.

Jetzt hat der PBC-Spitzenkandidat also viel Zeit für seinen Wahlkampf. Dessen zentrales Thema ist die Verhinderung einer „Diktatur Europa“, die durch „Nichtdiskriminierungs-Gesetze“ die Meinungs- und Predigtfreiheit von Christen massiv einschränken würde. Konkret zielt Gassmann auf Gesetze der Europäischen Union ab, die unter anderem homosexuelle Beziehungen vor Diskriminierung schützen sollen. Demgegenüber betont der PCB-Spitzenkandidat, dass Gott die Homosexualität als schwere Sünde verurteile. Gegnern der Homosexualität und anderen „sexuellen Zügellosigkeiten“ drohe die Verfolgung und Bestrafung.

Einschränkung der Meinungs- und Predigtfreiheit

Bei der Europawahl wird die Partei Bibeltreuer Christen voraussichtlich Konkurrenz von der Partei für Arbeit, Umwelt und Familie (AUF) des Ex-PBC-Chefs Walter Weiblen bekommen. Der wollte ursprünglich die Mitglieder der PBC, der Deutschen Zentrumspartei und anderer stark konservativer, christlich orientierter Parteien zu einer neuen Partei zusammenführen. Er scheiterte jedoch mit diesem Vorstoß, so dass es zur AUF-Gründung als Abspaltung von der PBC kam. Walter Weiblen war bis November 2008 Bundesvorsitzender der neuen Mini-Partei AUF und trat damals angeblich aus gesundheitlichen Gründen zurück. Im Januar 2009 wurde Peter Schneider sein Nachfolger, bis 1993 rheinland-pfälzischer Landesvorsitzender der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Sein Stellvertreter Mathias Scheuschner war zuvor stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Zentrumspartei. Mitglied des AUF-Bundesvorstandes ist auch der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende und Bundesgeschäftsführer der PBC, Baldwin Schneider.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen PBC und AUF liegt darin, dass AUF auch für Nicht-Christen wählbar sein will. Das gesamte Erscheinungsbild kommt frischer und moderner daher – wenig überraschend, war doch Walter Weiblen früher als DaimlerChrysler-Manager beschäftigt und arbeitet nun als Unternehmensberater.

Thomas Klaus

Bekennender Hitler-Verehrer

Mitgründer der im griechischen Parlament vertretenen extrem rechten Partei „LAOS" musste sich wegen Anstiftung zum Rassenhass vor Gericht verantworten.

Auf den ersten Blick ist Rechtsextremismus kein großes Problem in Griechenland. Für die Mehrheit der Bevölkerung des Landes, das während des Zweiten Weltkrieges unzählige Opfer durch die Verbrechen der Nazibesatzung zu beklagen hatte, ist Faschismus keine Option. Steigende Arbeitslosigkeit, Abbau von Sozialleistungen, zunehmende Verarmung breiter Schichten und die damit verbundene Zukunftsangst der noch nicht „Abgerutschten", haben aber auch in dem Mittelmeerstaat den Boden für rassistische und rechtsextreme Ideologien bereitet. Die Wirtschaftskrise trägt dabei sicherlich zur Zuspitzung der Situation bei. So forderten, angestiftet von Schlägern der neonazistischen Organisation „Goldene Morgenröte, Chrisi Avgi" (bnr 20/2006), in den letzten Monaten mehrmals so genannte „aufgebrachte Bürger" in von hohem Ausländeranteil gekennzeichneten Stadtvierteln Athens Maßnahmen gegen die „illegalen Migranten". Ein bis vor kurzem unbekanntes Phänomen unter den eigentlich für ihre Solidarität mit Flüchtlingen bekannten Griechen. Und bereits bei den vergangenen Wahlen im September 2007 war erstmalig dem rechtspopulistischen „Völkisch Orthodoxen Sammelbecken, LAOS", der Einzug ins nationale Parlament in Athen gelungen. (bnr 21/2007)

Einer der Gründer von LAOS, Kostas Plevris, stand nun als Autor des Buches „Die Juden. Die ganze Wahrheit" vor Gericht. In erster Instanz war der bekennende Hitlerverehrer noch zu einer Bewährungsstrafe von 14 Monaten verurteilt worden. Ende März jedoch sprach das Berufungsgericht den Autor von den Vorwürfen der Anstiftung zum Rassenhass und der Verleumdung frei.

In seinem Buch stehen Ungeheuerlichkeiten wie „Jude und Mensch sind zwei Begriffe, die sich gegenseitig ausschließen". Plevris behauptet, die Geschichte werde Hitler vorwerfen, dass er Europa nicht in dem ihm möglich gewesen Maße „von den Juden befreit" habe. Das von ihm als „wissenschaftliches Werk" verteidigte widerliche Pamphlet gipfelt in dem Aufruf: „Die hinterhältigen Juden graben den Nationen ihr Grab. Werft sie selbst hinein, denn das haben sie verdient".

Der Holocaust ist für den ehemaligen Sekretär während der griechischen Diktatur unter Metaxas (1936 – 1941) eine Erfindung der Juden, das in den Gaskammern eingesetzte Zyklon B nur ein in den Konzentrationslagern verwendetes Insektenvernichtungsmittel. Er könne „den Mördern, Räubern, Vergewaltigern, Parasiten des elenden Judentums nicht nachsehen, wie sie die wundervollen Nationalsozialisten diffamieren", schreibt Plevris in seinem Machwerk.

Den Sohn „stellvertretend" zum Abgeordneten gewählt

Nur einer der fünf Richter stimmte dafür, Plevris aufgrund dieser und vieler anderer Aussagen gleicher Machart im Buch der Anstiftung zum Rassenhass schuldig zu sprechen. Eine Verleumdung der Juden war sogar nach Ansicht aller fünf Richter nicht erkennbar. Und die Leugnung des Holocaust ist in Griechenland nicht strafbar.

Der Zentralrat der Juden in Griechenland bedauerte die Entscheidung. Es verbreite „Trauer, Sorge und Unruhe unter den Bürgern einer modernen Demokratie", heißt es in seiner Erklärung, „wenn ein erklärter Nazi- und Rassistenverehrer ungestraft nicht nur geschichtlich bewiesene Tatsachen verdreht, sondern – vor allem – mit seinen Schriften Hass hervorruft und zu Diskriminierung und Gewalt zu Lasten von griechischen und europäischen Bürgern aufruft".

Kostas Plevris ließ sich vor Gericht unter anderem von seinem Sohn verteidigen. Der ansonsten recht unbekannte Thanasis Plevris ist einer der zehn Abgeordneten des „Völkisch Orthodoxen Sammelbeckens" und wurde sicherlich „stellvertretend" für seinen rechtsextremen Vater ins griechische Parlament gewählt. Dort bemüht sich die rechtspopulistische „LAOS", allzu rassistische Ansichten möglichst nicht zu äußern. Vor Gericht nahm Plevris junior jedoch kein Blatt vor den Mund. Seine Verteidigung gipfelte in der Ansicht, es sei „demokratisches Recht eines jeden", zur Vernichtung eines beliebigen Volkes oder zur Wiederinbetriebnahme von Auschwitz aufzurufen.

Heike Schrader

Zerrbild echter Justiz

Im April vor 75 Jahren schuf das NS-Regime den Volksgerichtshof – der verurteilte jeden zweiten Beschuldigten zum Tode.

Nach dem Brand des Reichstagsgebäudes in Berlin am 27. Februar 1933 übernahm das Reichsgericht in Leipzig den „Fall“. Angeklagt wurden fünf Männer: vier Politiker der Linken und ein unbekannter Niederländer. Am 23. Dezember 1934 ergingen die Urteile. Die vier Politiker wurden freigesprochen, den Niederländer Marinus van der Lubbe verurteilte das Gericht zum Tode. Beim Reichsgericht handelte es sich um das oberste deutsche Gericht, das diesen Namen noch verdiente. Die neue Justiz im NS-Staat hatte sich noch nicht an diese Institution des Rechts herangewagt. Das änderte sich unmittelbar nach den Freisprüchen. Über die war die Reichsregierung nämlich empört. Vor allem Adolf Hitler ärgerte sich über die nach seiner Meinung viel zu milden Urteile und beauftragte Justizminister Otto Thierack, für Abhilfe zu sorgen. Der machte sich an die Arbeit und legte der Reichsregierung das „Gesetz zur Aburteilung von Hoch- und Landesverrat“ vor, das am 24. April 1934 in Kraft trat. Damit wurde zugleich ein neues Gericht geschaffen: der Volksgerichtshof (VGH), zuständig für Hoch- und Landesverrat. Später kamen noch schwere Wehrmittelbeschädigung, Feindbegünstigung, Spionage und Wehrkraftzersetzung hinzu.

Der Volksgerichtshof urteilte in erster und letzter Instanz. Rechtsmittel gab es nicht. Die einzige Möglichkeit, ein Urteil des VGH zu ändern oder zu mildern, bestand in einem Gnadengesuch beim „Führer“. Ob Hitler persönlich je ein Gnadengesuch vorgelegt worden ist – man weiß es nicht. In aller Regel blieben solche Gesuche spätestens beim „Sekretär des Führers“, Martin Bormann, hängen.

Die bis zu sechs Senate des VGH bestanden jeweils aus fünf Richtern. Von ihnen mussten aber nur zwei Berufsrichter sein. Die anderen drei waren Laien und ohne Ausnahme regimetreue Vertrauensleute und Mitglieder der Nazipartei NSDAP, der Wehrmacht oder der Polizei. Sie alle schlug zunächst der Reichsjustizminister vor. Die Ernennung behielt sich Hitler vor.

Erster Präsident des VGH war der erwähnte Reichsjustizminister Otto Thierack. Im August 1942 folgte ihm Roland Freisler. Was für ein Zerrbild echter Justiz der VGH allerdings war, macht ein Blick auf die Verteidigung deutlich. Jeder Verteidiger musste vom Gerichtsvorsitzenden genehmigt werden. Eine wirkungsvolle Verteidigung wurde dadurch verhindert, zumal die Angeklagten in aller Regel Pflichtverteidiger hatten, die ja wieder berufen werden wollten. Das Regime versuchte gar nicht, sich den Schein eines Rechtsstaates zu geben. Nach dem Grundsatz „Recht ist, was dem Volke nutzt“ war die Linie vorgegeben.

Während der Präsidentschaft von Thierack fällten die Senate des VGH relativ wenige Todesurteile. Das blieb auch so während der ersten Kriegsjahre – der Zeit der deutschen Siege. Als sich das vor allem durch die Niederlage in Stalingrad 1942/43 änderte, hatte Roland Freisler als VGH-Präsident das Sagen. Unter seiner Regie wurde jeder zweite Beschuldigte zum Tode verurteilt und hingerichtet. Als Instrument des Terrors ließ Freisler spätestens nach dem leider misslungenen Anschlag auf Hitler am 20. Juli 1944 die Maske endgültig fallen. Auf Befehl Hitlers wurden alle Sitzungen gegen die Attentäter gefilmt. Hitler schaute sich die Dokumentarfilme abends an, selbst jene von den Erdrosselungen in Berlin-Plötzensee.

„Die Verfolgungswelle erreicht ein solches Ausmaß, dass die weitere Kriegführung gefährdet erscheint“ heißt es in dem Ploetz-Handbuch „Das Dritte Reich“ (S. 140). „Viele Offiziere (unter anderem Erwin von Witzleben), Beamte und Diplomaten (Ulrich von Hassell Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, Adam von Trott zu Solz), Weimarer Politiker (Goerdeler, Wilhelm Leuschner, Leber und andere) sowie Alfred Delp S. J. werden vom Volksgerichtshof unter Freisler in Schnellverfahren abgeurteilt und mit äußerster Brutalität hingerichtet.“ Der VGH führte auch die Strafverfahren gegen Mitglieder der „Roten Kapelle“, der „Weißen Rose“ und des „Kreisauer Kreises“. Sie endeten von wenigen Ausnahmen abgesehen mit Todesurteilen, die auf unterschiedliche Weise vollstreckt wurden. Bei insgesamt 18.000 VGH-Urteilen verhängten die „Richter“ 5.200 Todesurteile. Der Deutsche Bundestag ließ sich 40 Jahre Zeit, ehe er am 25. Januar 1985 allen Urteilen des VGH jede Rechtswirkung absprach, sie also aufhob.

Heiner Lichtenstein

„Gesundung des Volksganzen“

„Tödliche Medizin. Rassenwahn im Nationalsozialismus“ – das Jüdische Museum Berlin zeigt eine Ausstellung des United States Holocaust Memorial Museums in Washington.

Im Eingangsbereich steht das Idealbild: Der perfekte „Gläserne Mensch“, einst im Deutschen Hygiene-Museum in Dresden gefertigt, das diese – für Berlin erweiterte und um regionale Beispiele ergänzte – Ausstellung vor zwei Jahren gezeigt hat. Die Ausstellung beginnt mit einer ausführlichen Darstellung der internationalen eugenischen Bewegung, die sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts formierte und mit biologistischen, rassistischen und sozialdarwinistischen Strömungen zu einer umfassenden Weltanschauung verband. Den damals erreichten, für unbezweifelbar und unwiderlegbar gehaltenen Stand der Biowissenschaften hielt man für die wissenschaftliche Wahrheit, die – richtig angewendet – Lösungen für individuelle und gesellschaftliche Probleme, für psychische Krankheiten, geistige Behinderungen und die Eigenheiten gesellschaftlicher Randgruppen bereit hielt.

Vor diesem ideologischen Hintergrund, jedoch radikalisiert und auf Verwirklichung drängend, wurde ab 1933 die Erbgesundheits- und Rassenpolitik das Fundament der nationalsozialistischen Politik. Mit Zustimmung und aktiver Mitwirkung der Funktionseliten: 45 Prozent der Ärzte waren Mitglieder der NSDAP, 26,5 Prozent SA-Männer und 7,3 Prozent SS-Offiziere – mehr als in jeder anderen Berufsgruppe.

Die „bisherige soziale Fürsorge“, erläutert Arthur Gütt, Mitverfasser des offiziellen Kommentars zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ 1935, nach dem bis 1945 rund 400.000 Menschen zwangssterilisiert wurden, habe „sich lediglich dem Schutz des Kranken und Schwachen gewidmet“; dem Nationalsozialismus jedoch gehe es darum, „durch Ausschaltung der Erbkranken von der Fortpflanzung eine Gesundung des Volksganzen herbeizuführen“, „die gesunde Familie zu fördern und ihr die Aufzucht einer gesunden Nachkommenschaft zu ermöglichen“.

Die positive und negative Auslese, die hier vorgenommen wird, die Unterscheidung von „erblich Gesunden“ und „Erbkranken“, von „rassisch Wertvollen“ und „Lebensunwerten“ im Dienste der Wahnvorstellung einer rassischen Neuordnung durch den Staat, wird von einer grobschlächtigen Propaganda unterstützt: Plakate, Schautafeln mit Bildern der „Ausmerzung des Kranken und Schwachen in der Natur“, Filme sowie Rechenaufgaben für den Schulgebrauch: „Nach vorsichtigen Schätzungen sind in Deutschland 300.000 Geisteskranke, Epileptiker usw. in Anstaltspflege ... Was kosten diese jährlich bei einem Satz von 4 RM? ... Wieviele Ehestandsdarlehen zu je 600 RM könnten ... von diesem Geld jährlich ausgegeben werden?“, hieß es da beispielsweise.

Den Weg von der Ausgrenzung zur Verfolgung und Vernichtung zeigt die Ausstellung anhand zahlreicher beklemmender Dokumente, Zitate und Fotos und sprechenden Exponate auf. Widerlegt wird die Auffassung, der Stopp der nach der zentralen Planungsstelle in der Berliner Tiergartenstraße 4 benannten „Aktion T 4“ im August 1941, bei der in 18 Monaten 70.000 Menschen in sechs eigens dafür errichteten Tötungsanstalten durch Giftgas ermordet wurden, habe das Ende der Krankenmorde bedeutet. Das Töten hatte schon vorher begonnen, und es ging weiter. Noch mehr, nämlich 90.000 Mordopfer, forderte eine zweite, dezentrale Phase, während der die Initiative bei regionalen und lokalen Dienststellen und Institutionen lag. Die dabei angewandte Methode bestand in der bereits 1940 erprobten Kombination von Verhungernlassen mit einer Überdosis von Beruhigungsmitteln. – In dem Begleitband sind drei kompakte Überblicksartikel enthalten und, auf den Krankenakten basierend, wird die erschütternde Geschichte einiger Opfer beschrieben.

*Die Ausstellung **„Tödliche Medizin. Rassenwahn im Nationalsozialismus“** ist bis zum 19. Juli dieses Jahres im Jüdischen Museum Berlin, Lindenstr. 9–14, 10969 Berlin zu besichtigen.*

Informationen zum Begleitprogramm: www.jmberlin.de/toedliche-medizin

Jüdisches Museum Berlin (Hrsg.): Tödliche Medizin, Rassenwahn im Nationalsozialismus, Begleitbuch, Göttingen: Wallstein Verlag 2009, 134 Seiten, 16,90 Euro.

Theo-Meier-Ewert

Neonazi-Märsche am 1. und 2. Mai

Kaiserslautern – In mindestens acht Städten wollen NPD und parteifreie Neonazis am 1. Mai und dem folgenden Samstag zum „Tag der deutschen Arbeit“ Demonstrationen organisieren. Zuletzt wurde jetzt eine Anmeldung in Kaiserslautern bekannt. Für den 2. Mai ruft die rheinland-pfälzische NPD dort zu einer Demonstration unter dem Motto „Arbeit, Familie, Heimat – sozial geht nur national!“ auf. „Nationalismus ist Schutz nach Außen − Sozialismus ist Gerechtigkeit nach Innen“, heißt es auf einem Plakat zur Veranstaltung. Schon seit längerem bekannt waren Anmeldungen für den 1. Mai in Hannover, Ulm, Mainz, Weiden (Oberpfalz) und Berlin. Außerdem hatten später die Dresdener NPD eine Demonstration in der sächsischen Landeshauptstadt und die NPD Mecklenburg-Vorpommern eine Demo in Neubrandenburg angekündigt. Der Aufmarsch in Hannover, zu dem zahlreiche Gruppen der „Autonomen Nationalisten“ aufriefen, ist nach derzeitigem Stand verboten. Hannovers Polizeipräsident Uwe Binias hatte – auch mit Blick auf die Ausschreitungen am 1. Mai 2008 in Hamburg – erklärt, er erwarte „durch die nach jetzigem Kenntnisstand mehr als 1.000 Teilnehmer sowohl eine Störung der öffentlichen Sicherheit als auch eine öffentliche Billigung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft“. Die Veranstalter klagen gegen das Verbot. (ts)

Baurechtliche Beanstandungen

Magdeburg – Auch der dritte Versuch der NPD-Nachwuchsorganisation in Magdeburg, einen Stützpunkt für Schulungen und Veranstaltungen aufzubauen, ist gescheitert. Seit geraumer Zeit nutzten die Jungen Nationaldemokraten (JN) eine alte Lagerhalle hinter einem Einkaufszentrum, in der Anfang Februar 130 Teilnehmer aus ganz Sachsen-Anhalt zu einem Schulungsabend über Rudolf Heß kamen. Mit derartigen Veranstaltungen in der Halle liege baurechtlich eine eindeutig illegale Nutzung der Halle vor, heißt es aus dem Bauordnungsamt der Stadt. Brandschutz und andere baurechtliche Anforderungen an einen Veranstaltungssaal seien in der Halle nicht gewährleistet, wird in der Untersagungsverfügung betont, die sowohl an den Vermieter als auch an die Nutzer und Mieter der Halle ging. Die JN haben bereits rechtliche Schritte gegen die Verfügung angekündigt, denen man im Bauordnungsamt jedoch zuversichtlich entgegen sieht. Die Schließung einer ersten Veranstaltungshalle durch das Bauordnungsamt, die die JN ebenfall juristisch angefochten haben, ist mittlerweile vom Amtgericht bestätigt worden. Die Klage gegen die Schließung einer zweiten Halle ist noch anhängig. Geschlossen wurde die nunmehr dritte Halle durch das Bauordnungsamt auch, weil der Verdacht bestand, dass sie nicht nur für Schulungs- und Informationsveranstaltungen, sondern auch für Rechtsrock-Konzerte genutzt werden sollte. Tatsächlich hatte eine Rockband vor der Schließung dieser dritten Halle durch die Behörde diese als Übungsraum genutzt. (löb)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de